

Eine breite Allianz gegen die PPVO

Die Mehrheit der im Winterthurer Gemeinderat vertretenen Parteien, der Stadtrat, die Jungparteien und diverse Winterthurer Organisationen und Verbände sagen Nein zur Parkplatzverordnung (PPVO). Sie empfehlen den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, diese Vorlage mit einem wuchtigen Nein am 18. Oktober zu verwerfen. Ziel ist, eine Verkehrspolitik in Winterthur zu erarbeiten, welche den Bedürfnissen der Bevölkerung, der Arbeitnehmenden und der Betriebe in Winterthur Rechnung trägt, anstatt diese zu bevormunden, sie mit weiteren Gebühren zu belasten und deren Wahlfreiheit einzuschränken.

wir sagen nein zur neuen parkplatzverordnung



Markus Hutter, Präsident HEV Winterthur und alt Nationalrat
«Von der neuen PPVO sind nicht nur Hauseigentümer, sondern auch Mieter direkt betroffen, indem bei neuen Wohnbauten nur noch rund die Hälfte der Mieter einen Parkplatz erhält. Dies entspricht keineswegs den Bedürfnissen der Bewohner. Deshalb sage ich Nein zur PPVO!»



Christof Hasler, Präsident KMU-Verband Winterthur
«Ich lehne die neue Parkplatzverordnung ab, weil sie ein nachhaltiges Wachstum der bestehenden Firmen in Winterthur praktisch verunmöglicht. Damit schadet sie der Bevölkerung und dem Werkplatz Winterthur.»



Martin Deuring, KMU-Inhaber
«Als KMU-Betrieb mit Gesamt- und Bauleitungen müssen unsere Mitarbeitenden die Baustellen unserer Kunden in kurzer Zeit mit dem Auto erreichen. Deshalb benötigen wir genügend Parkplätze. Für die Standortattraktivität Winterthurs sage ich NEIN zur PPVO.»



Christoph Magnusson, Präsident Winterthur agil-mobil
«Die PPVO bringt Mehrverkehr und belastet Wohnquartiere. Durch den Abbau von privaten Parkplätzen entsteht Suchverkehr und statt in Gebührens-Winterthur einzukaufen, fahren Kunden in die Landgemeinden oder ins Ausland. Damit verlieren die Bevölkerung und die Umwelt. Deshalb sage ich Nein zur PPVO.»



Marco Rimini, KMU-Inhaber
«Die deutliche Reduktion der Kunden- und Mitarbeiterparkplätze bringt keinen Umstieg auf den ÖV, sondern ein Ausweichen der Konsumenten zu Firmen in umliegenden Gemeinden – eine Verlagerung der Arbeitsplätze ist die Folge. Deshalb sage ich NEIN zur PPVO!»



Werner Schurter, Gemeinderat CVP
«Die Einführung einer Parkplatzbewirtschaftung würde unter anderem Freizeitsportler, Püntiker, Kirchgänger und Spaziergänger aber vor allem auch die Sportvereine treffen. Deshalb sage ich Nein zur neuen Parkplatzverordnung.»



Truls Toggenburger, Geschäftsführer Toggenburger Unternehmungen
«Die PPVO schränkt die zukünftige Wachstumsmöglichkeit der Firma Toggenburger in Winterthur stark ein. Daher lehne ich die PPVO ab, denn ich möchte weiterhin in Winterthur Arbeitsplätze schaffen und nicht abbauen.»



Marc Wäckerlin, Gemeinderat Piratenpartei
«Ich lehne die neue Parkplatzverordnung entschieden ab, denn sie vernichtet Arbeitsplätze und Wohlstand. Sie basiert auf dem Prinzip der Bevormundung und bringt völlig überrassende neue Vorschriften mit massiven Einschränkungen.»



Neuer Gemeinderat

Turbenthal: In stiller Wahl wurde **Heinz Schwyter** vom Gemeinderat Turbenthal als Nachfolger der zurückgetretenen Roswitha Hänni für die Amtsdauer bis 2018 gewählt. red.



politisches schaufenster

Auf den Seiten «Politschau» werden politische Themen redaktionell angegangen. Politikerinnen und Politiker sowie Parteien und Organisationen aus Winterthur und der Region haben aber auch die Möglichkeit, sich gegen Bezahlung zu präsentieren, politische Anliegen zu vertreten und Stellung zu Projekten, Vorlagen und Wahlen zu beziehen. Diese Artikel müssen vom Autor oder von der Partei jeweils namentlich gekennzeichnet sein. Bei diesen Beiträgen handelt es sich nicht um die politische Positionierung der Redaktion. red.

Weitere Infos/Konditionen:
Telefon 052 266 99 80;
redaktion@stadi-online.ch

durchblick

Wahlfreiheit erhalten

In der Parkplatzverordnung geht es um viel mehr als nur um Parkplätze. Mit einer ideologischen Planwirtschaft sollen Einwohner zum Umstieg auf ÖV, aufs Velo oder zum Fussmarsch gezwungen werden. Wer trotzdem noch Auto fährt, wird mit erhöhten Gebühren bestraft. Firmen werden in ihrer Entwicklung behindert – durch die Reduktion der Kunden- und Mitarbeiterparkplätze bei Ausbauten und durch zahlreiche Zusatzforderungen bei Umbauten von Liegenschaften.

Um das Verkehrsaufkommen der Zukunft zu bewältigen, benötigen wir Lösungen, zu welchen alle vorhandenen Verkehrsmittel ihren bestmöglichen Beitrag leisten. Das Auto zu verteufeln und gegen alle anderen auszuspielen, ist dabei keine Lösung. Malermeister oder Sanitärinstallateure können beim besten Willen nicht mit den ÖV zu ihren Kunden fahren. Deshalb sind genügend Mitarbeiterparkplätze in den Betrie-

ben, aber auch Besucherparkplätze bei Wohnbauten für die KMU von zentraler Bedeutung. Diese Parkplätze sollen mit der geplanten PPVO (auch gegenüber der Dienstanzweisung) jedoch deutlich reduziert werden.

Auch Privatpersonen ist es nicht erlaubt, sperrige Sachen oder Anhänger mit Einkäufen im Bus oder im Zug zu transportieren. Auch für Grosseinkäufe mit der Familie ist das Auto nun mal oft die ressourcenschonendste Lösung. Doch zur Arbeit fahren viele mit der S-Bahn, oder gehen mit dem Velo in den Ausgang. Auch kleine Einkäufe sind so problemlos möglich. Um die Wahlfreiheit bei den Verkehrsmitteln zu behalten, benötigt auch die Bevölkerung genügend Abstellplätze für die Autos – sowohl bei den Anwohnerparkplätzen als auch beim Detailhandel. Eine Bevormundung der Bevölkerung ist sicher keine Lösung. Es sind nicht die Autos, die aus der Stadt verdrängt werden sollen, sondern Menschen mit ihren Bedürfnissen.

Standstreifenbewirtschaftung verändert Ausgangslage
Gemäss dem städtischen Verkehrsbericht haben wir auf den Hauptverkehrsachsen in der Innenstadt seit mehr als zehn Jahren kaum messbare Verkehrszunahmen. Der zusätzliche Verkehr findet auf der A-1-Umfahrung Winterthur statt. Wenn dort der Verkehr zu den Hauptverkehrszeiten stockt, entsteht Ausweichverkehr und damit Stau in der Stadt. Um dieses Problem zu lösen, ist die PPVO ein absolut untaugliches Mittel. Laut Astra wird in den nächsten zwei Jahren aber nun endlich der Pannenstreifen auf der A1 zur Befahrung freigegeben. Damit wird der Verkehr verflüssigt – auf der A1 und auch in der Stadt Winterthur.

Falsches Signal
Die PPVO wird am Tag nach der Abstimmung noch keine Auswirkungen haben. Das erste, was die Bevölkerung spüren wird, ist die Einführung der lenkungswirksamen Parkplatzbewirtschaftung (sprich Gebühren) bei sämtlichen Einkaufszentren und Fachmärkten und

bei der Freizeitznutzung. Noch schlimmer sind aber die langfristigen Folgen. Weshalb soll ein Unternehmen noch in Winterthur investieren, wenn es hier den höchsten Steuerfuss im Kanton und die restriktivsten Einschränkungen bezüglich Parkplätzen erwartet? Auch bestehende Unternehmen können weder umziehen noch wachsen, ohne gravierende Einschränkungen zu erleben. Die PPVO hätte eine negative Signalwirkung, welche die künftige Entwicklung der Stadt Winterthur massiv beeinflussen würde.

Deshalb empfiehlt Ihnen der TCS am 18. Oktober ein Nein zur Parkplatzverordnung.

Weitere Infos:
TCS Winterthur
Im Hauptbahnhof
8401 Winterthur
Tel. 0522676888
www.tcs-winterthur.ch



ANZEIGE

Roadshow Nationalratswahlen

Die Kandidaten stehen Ihnen Rede und Antwort.

Donnerstag, 15. Oktober 2015

20.00 Uhr, Sorell Hotel Krone,
Marktgasse 49, 8400 Winterthur

2x auf Ihre Liste:



Wolfram Kuoni
Unternehmer,
Wirtschaftsanwalt,
Herrliberg

Therese Schläpfer
Eidg. dipl. Flight Attendant,
Hagenbuch

Daniel Oswald
Dipl.-Ing. FH,
Winterthur

Jürg Sulser
Unternehmer,
Oteltingen

Martin Hübscher
Landwirt / Ing.-Agr. FH,
Bertschikon

Alfred Heer, bisher
Nationalrat, Parteipräsident
SVP Kt. ZH, Zürich

wolframkuoni.ch | thereseschlaepfer.ch | daniel-oswald.ch | juerg-sulser.ch



487022